

# Pressemitteilung

## Gewalt und Extremismus an Schulen darf nicht dem Zufall überlassen werden!

**Lüneburg/Hannover.** Seit über einem Jahr fehlt in Niedersachsen ein gültiger Erlass zur Gewaltprävention an Schulen – ein Zustand, der nicht nur die Bildungseinrichtungen, sondern auch die demokratischen Werte unserer Gesellschaft bedroht. Im heutigen Ausschuss konnte das Kultusministerium zudem keine Angaben dazu machen, wann mit einem neuen Erlass zu rechnen ist. Stattdessen wurde auf eine „übliche Praxis“ verwiesen, was bei der Brisanz des Themas völlig unzureichend ist.

Die Landtagsabgeordnete Anna Bauseneick findet deutliche Worte: „Es reicht nicht, auf übliche Praxis zu verweisen, während Gewalt und Extremismus an unseren Schulen zunehmen. Der Anspruch, der hier gelten muss, ist klar: Vorfälle müssen konsequent erfasst, gemeldet und es muss mit gezielten Maßnahmen entgegnet werden. Alles andere ist ein gefährliches Signal der Gleichgültigkeit.“

Bereits im Dezember 2023 hatte die CDU-Fraktion beantragt, Vorfälle wie Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus differenziert zu erfassen und eine verbindliche Meldepflicht einzuführen. Doch auch ein Jahr später fehlt jede Initiative des Kultusministeriums.

„Schulen sind Orte, an denen demokratische Werte vermittelt und gelebt werden. Das Kultusministerium muss endlich handeln und der Verantwortung gerecht werden, die diese Aufgabe verlangt“, fordert Bauseneick.

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrer Forderung nach einem verbindlichen Erlass und einer klaren Strategie, um Gewalt und Extremismus an Schulen entschlossen entgegenzutreten.

## ANNA BAUSENEICK MDL

Abgeordnete des Nds. Landtages

- Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
- Mitglied des Kultusausschusses

☎ 0162 7642023

✉ [info@anna-bauseneick.de](mailto:info@anna-bauseneick.de)

🏠 Stadtkoppel 16  
21337 Lüneburg

